

Männerbund & Bundesstaat : Expedition einer Historikerin auf freier Wildbahn

Autor(en): **Blattmann, Lynn**

Objekttyp: **Article**

Zeitschrift: **Rosa : die Zeitschrift für Geschlechterforschung**

Band (Jahr): - **(1997)**

Heft 14

PDF erstellt am: **24.09.2024**

Persistenter Link: <https://doi.org/10.5169/seals-631302>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

ersten Rauchzeichen von mir. In einer weiteren Telefonorgie begannen wir zu tüfteln. Selbstverständlich nahmen wir das Angebot des Bundes, dass innovative Projekte unterstützt würden, wörtlich und überlegten uns, was frau machen könnte, das neu, anders, spannend, aufrührerisch und witzig sein könnte.

In jener Zeit hatte ich mich gerade für einen Kurs des Vereins Feministische Wissenschaft angemeldet, bei dem es darum ging zu lernen, wie frau an Forschungsgelder gelangen kann. Eine Bedingung für die Teilnahme an diesem Kursus war es, eine eigene Projektidee einzubringen, die dann quasi exemplarisch in der Gruppe behandelt werden sollte.

Soviel zur Motivation, die vor unserem inneren Auge ein Bild von 1998 aufleuchten liess. Wir assoziierten dazu das Bundeshaus mit schwarzen Staatskarossen davor, aus denen dunkelgewandete Vertreter aus anderen Ländern entstiegen, die sich anstellten, der Schweiz zu 150 Jahren Demokratie und Fortschritt zu gratulieren. Ein Mann hinter dem anderen, vielleicht eine Frau als Garnitur. Plötzlich sahen wir am Bundeshaus eine Banderole mit einem kurzen Text... Darauf blitzte ein Gedanke in mir auf, und ich brüllte die Losung der Banderole in den Telefonhörer.

So wurde die Idee geboren. Wir wollten das Bundeshaus. In diesen Hallen, in der steingewordenen männerbündischen Idee des schweizerischen Patriotismus, sollte mit verschiedenen technischen Mitteln eine Art Spiegel geschaffen werden, in dem die männliche Prägung der politischen Kultur im internationalen Kontext sichtbar gemacht wurde. Wir stellten uns die Gesichter verschiedener offizieller Herren vor und unsere Ideen sprudelten frisch wie Bergbäche.

Der Segen des Bundes

Wir waren begeistert von unserer Idee und reichten beim Bund eine Projektskizze ein, voller Vertrauen, dass wir damit die Originalitätsanforderungen Genüge getan hatten. Wir wollten Feministische Geschichte und Geschlechtergeschichte, ohne jedoch den Fokus auf die Frauen zu richten, die wegen historischer Defizite als besonders förderungsbedürftig angesehen werden. Vielmehr wollten wir den Männern einen Spiegel vorhalten und nach den männerbündischen Kontinuitäten in der politischen Kultur der Schweiz fragen, die es den Frauen so schwer machen, sich in der Politik zurechtzufinden.

Das war im Juni 1995. Danach hörten wir zuerst ein-

mal lange Zeit nichts. Auf eine Nachfrage im einschlägigen Bundesamt wurde uns bestellt, dass leider noch keine ExpertInnenkommission zusammengestellt worden und die Suche nach geeigneten Leuten ausserdem nicht leicht sei. Überhaupt würden die innereidgenössischen Quoten die Sache auch nicht gerade vereinfachen. Ja, selbstverständlich werde es auch eine angemessene Vertretung der Frauen geben, schliesslich sei man im Departement Dreifuss.

Irgendwann bekamen wir Bescheid, dass der Bund die Gesuche erhalten habe und bekamen eine Frageliste zugesickt. Die erste Frage lautete: *"Beabsichtigen Sie, an Ihrem Projekt festzuhalten und es als offiziellen Beitrag für die Jubiläumsfeier 1998 einzureichen?"* Dies war keinesfalls als Schikane gemeint, gerichtet gegen unser Projekt; solche erfolgten erst später und nicht von dieser Seite. Selbstverständlich bejahten wir die Frage und warteten weiter. Schliesslich wurde uns mitgeteilt, dass eventuell per Januar 1996 die Entscheidung, welche Projekte unterstützungswürdig seien, gefällt werde.

Tatsächlich bekamen wir im März Bescheid, dass unser Projekt zu *"denjenigen Vorschlägen gehört, die vom Bund unter der Voraussetzung, dass die folgenden Bedingungen eingehalten werden können, unterstützt werden."* Eine dieser Bedingungen bestand darin, dass der Bund in Aussicht stellte, höchstens 45% der Kosten zu übernehmen und die ProjektleiterInnen dazu verpflichtete, den Rest von kommunalen, kantonalen, und privaten GeldgeberInnen zusammenzubetteln. Dies war mir als Historikerin völlig verständlich. Schliesslich feierte ja ein stark föderalistischer Staat mit einem grossen Milizethos sein Jubiläum; da machte es auch Sinn, dieses Staatsverständnis bis in die Form der Finanzbeschaffung der Jubiläumsfeiern hinein zu reproduzieren. Beglückt stiessen wir mit einer Witwe Clicquot auf unseren Erfolg an und sahen uns schon als Projektleiterinnen unserer Idee. Unsere Freude war verfrüht.

Von Haus zu Haus

Ich stellte gleich anderntags eine Liste der möglichen SponsorInnen zusammen, konsultierte verschiedene Stiftungsverzeichnisse, durchforstete die gelben Seiten im Branchentelephonbuch und holte mir aus dem Publikum die korrekten Adressen der verschiedenen staatlichen und städtischen Institutionen für Kulturförderungen. In über dreissig Varianten schilderte ich unsere Ideen und hielt mich für sämtliche allfälligen

Fragen bereit.

Es kamen jedoch keine Fragen, sondern nur klare, einhellig ablehnende Antworten zurück. Selbstverständlich hatten wir grosses Verständnis dafür, dass Privatfirmen nicht einsahen, weshalb sie für ein Jubiläum des Bundes bezahlen sollten, und dass StiftungsrätInnen nicht gerade zu den fortschrittlichsten Menschen gehören, war uns auch bekannt. Erst auf den zweiten Blick verständlich waren die Reaktionen der öffentlichen Stellen. Auch hier ging es um den Föderalismus, allerdings um einen anderen. Der Kanton Zürich sah nicht ein, weshalb er bezahlen sollte für ein Projekt, das in Bern im Bundeshaus stattfinden sollte, und der Kanton Bern (den wir darauf sofort angeschrieben hatten) fragte erstaunt zurück, ob wir denn im Kanton Bern Steuern bezahlten und verwies uns dann an den Kanton Zürich zurück, der...

Die Stadt Zürich teilte uns mit, dass sie nur zu zahlen bereit sei, wenn auch der Kanton bezahlt, usw.

Ganz toll wurde es, als uns aus dem Bundeshaus die Nachricht ereilte, dass es bei unserer Idee, das Bundeshaus für eine Ausstellung zu gebrauchen, um einen Irrtum handeln müsse. Es gehe nicht an, im Bundeshaus eine von privater Hand vorbereitete Ausstellung zu dulden. Das Sicherheitsrisiko sei viel zu gross, und überhaupt plane der Bund schon eine eigene Ausstellung. Wir wandten uns mit einem freundlichen Schreiben umgehend an Frau Bundesrätin Dreifuss, die Vorsteherin des Eidgenössischen Departements des Innern, und fragten sie, ob es nicht – ganz im Sinne der guten alten Schweizerischen Miliztradition – möglich wäre, dass wir im Bundeshaus ausstellen könnten. Selbstverständlich stellten wir auch umgehend ein Gesuch an die beiden Präsidenten der Bundesversammlung, Otto Schoch und Jean François Leuba, die uns prompt zurückschrieben: *“Es ist nicht an uns, zur Idee und zum Inhalt ihres Projektes Stellung zu nehmen. (...) Trotzdem müssen wir ihr Gesuch um Benutzung des Parlamentsgebäudes im Frühjahr 1998 ablehnen.”* Auch Frau Dreifuss schrieb uns sehr freundlich, sehr wohlwollend zurück, dass sie den Entscheid bedaure, aber dennoch in der Raumfrage nichts für uns tun könne, da das Parlamentsgebäude fest in der Hand des Parlaments liege und sie als Mitglied der Regierung keine Entscheidungskompetenz habe. Sie hoffe jedoch, dass wir nicht aufgeben. Das war die zweite Lektion in schweizerischer Staatskunde. Ironischerweise war ja gerade die

Gewaltentrennung eine Neuerung von 1848. Wir verhielten uns jedoch nach Frau Dreifuss' Wunsch und machten uns auf die Suche nach einem anderen geeigneten Ausstellungsort. Weder die Finanzierung noch der Ausstellungsort waren gesichert, und mittlerweile war es bereits Juli 1996.

Bei der Suche nach einem anderen Ausstellungsort suchten wir vornehmlich im Raum Zürich (wegen der föderalistischen Finanzierungsaufgaben). Dabei stellten wir fest, dass es im Kanton Zürich offensichtlich kein Museum und keinen anderen Ausstellungsort gibt, zu dessen Konzept unsere Idee passen könnte. Die meisten fanden unsere Idee wahnsinnig interessant, und es wurden uns jeweils die besten Wünsche für die weitere Suche mitgegeben. Die Deadline für die Restfinanzierung kam näher und näher. Mittlerweile konnte doch eine grosse schweizerische Kulturstiftung zur Mitfinanzierung gewonnen werden. Sie nahm uns das Versprechen ab, die Prospekte für die Ausstellung in allen vier Landessprachen abzufassen. Eine knappe Woche vor dem Termin kam uns die rettende Hilfe (wieder aus Bern) in Form eines Hinweises zu. So kamen wir darauf, Luzern als Ausstellungsort anzufragen. Die Stadt sagte begeistert zu und stellte uns die Kornschütte für drei Monate in Aussicht. Keine Spur von den Vorbehalten unserem Thema gegenüber, die wir in Zürich angetroffen hatten.

Damit hatten wir die Bedingungen erfüllt, um die definitive Bundesunterstützung zu erhalten. Neckischerweise war die Zusage mit dem Datum vom 11.11.1996 versehen. Vorsichtig geworden, gratulierten wir einander nur noch trocken zum zweiten Triumph. Und wir taten gut daran.

Die Wissenschaftlichkeit eines Jubiläums

Denn der Kanton Zürich hatte noch einige Überraschungen für uns offen. Bei den Vorbereitungen zu den Jubiläumsfeierlichkeiten etwas ins Hintertreffen geraten, war die Verteilung der Kantonsbeiträge noch nicht entschieden. Als der Regierungsrat die verschiedenen Gesuche beriet, muss ein Regierungsrat in die Runde gefragt haben, was wohl mit Männerbund & Bundesstaat gemeint sein könnte. (Immerhin sitzen im Moment zwei Frauen in der Zürcher Kantonsregierung.) Jedenfalls entstand eine Diskussion, worauf der Regierungsrat zum Schluss kam, dass unser Projekt zu politisch und zu wenig wissenschaftlich sei. Beim Staatsarchivar wurde ein Gutachten über unsere Projektskizze in Auftrag gegeben. Ich wurde

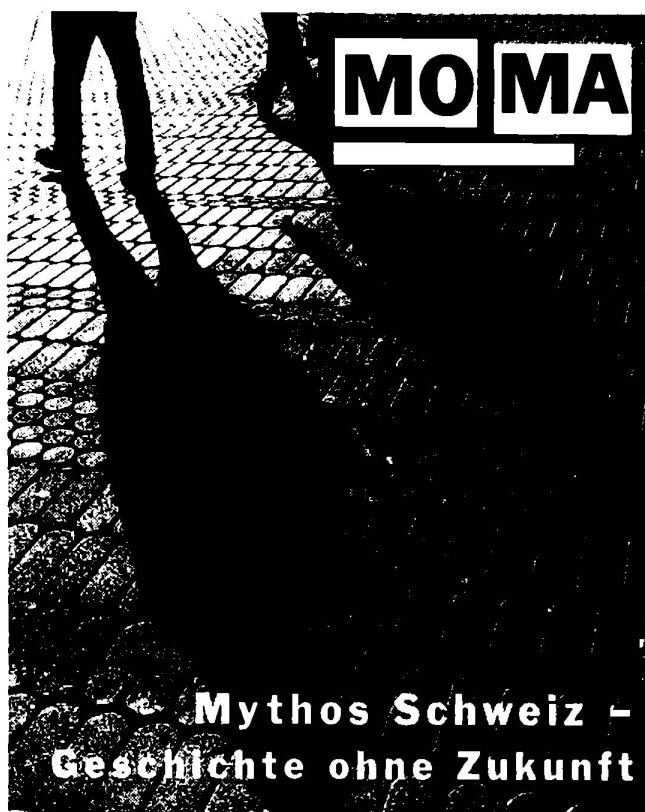
vorgeladen, beim Justizdirektor vorzusprechen. An einem Montag, morgens um halb neun. Dort wurde uns mitgeteilt, dass die Fragestellung unseres Projekts "ziemlich penetrant" sei. Es wurde uns zur Bedingung gemacht, drei Expertinnen für eine wissenschaftliche Begleitgruppe anzufragen, die auch die Archivrecherchen vertiefen sollten. Als ich vorschlug, uns dafür ein bis zwei Stellen aus einem kantonalen Einsatzprogramm für erwerbslose HistorikerInnen zu bewilligen, war die Regierung zu meiner Überraschung einverstanden. So kommt es, dass der Kanton Zürich indirekt die Geschlechterforschung unterstützt.

Fortsetzung folgt.

(Anmerkung der Redaktion: Der positive Entscheid bezüglich der Finanzierung des Projekts durch den Kanton Zürich wurde am 4.3.1997 im Kantonsrat gefällt.)

Lynn Blattmann

Lynn Blattmann ist Historikerin und arbeitet mit der Wirtschaftsgeografin Irène Meier zusammen, (Firma: meier&blattmann). In diesem Jahr ist sie vornehmlich mit dem Projekt Männerbund & Bundesstaat beschäftigt.



Die Schweiz taumelt zwischen Igelmentalität und Nato-Partnerschaft, zwischen Nazigold-Skandal und OSZE-Präsidium. Wer ist diese Schweiz, wer bestimmt ihre Identität? Die Schweiz als Konglomerat aus 1291, bewaffneter Neutralität, Antifaschismus, heroischer Landesverteidigung und Antikommunismus? Identität aus der Nicht-Bearbeitung der eigenen Vergangenheit? Geschichte als Zitatengrube für Festreden? Eine Vergangenheit ohne Zukunft?

Die Februar-Ausgabe von MOMA, dem Monatsmagazin für neue Politik, schlägt den weiten Bogen zurück in die Vergangenheit und vorwärts in die Zukunft der Schweiz. Eine spannende Nummer, um die Schatten der Vergangenheit nicht als unendliche Schrecken der Zukunft zu belassen.

Gesprächsrunden mit:

Simone Chiquet, Erich Schmid, Heiner Spiess, Franz Horvath, Josef Lang, Maja Wicki, Sigi Feigel, Jacques Picard, Hans Vontobel, Georg Kohler, Susanna Burghartz, Elisabeth Joris, Hans-Ulrich Jost, Markus Kutter.

Dazu Beiträge von:

Kurt Seifert: Das Ende einer nationalen Legende
 Madeleine Dreyfus: Fünf Thesen zum Schweizer Antisemitismus
 Erich Schmid: Wir rochen den brauen Tang
 Antonia Schmidlin: Schweizerische Nachkriegshilfe
 Franz Horvath: Mitgegangen, mitgefangen?
 Erwin Künzli: Geschichte oder Nostalgie?
 Martin Leschhorn: Das Erbe des Liberalismus
 Michi Bürgi: Politik, Geschichte und Wahrheit
 Beatrix Mesmer: Kein neuer Mythos
 Maja Wicki: "Die Ordnung des Profanen"

48 Seiten in einem Monatsmagazin, das in einem Jahr noch aktuell sein wird. Jetzt bestellen und abonnieren. Probeabo (3 Ausgaben) für 20 Franken bei: MOMA, Postfach, 8031 Zürich. Fax 01/273 02 12